

20.01.06

Gesetzesantrag
des Landes Baden-Württemberg

Entwurf eines Stalking-Bekämpfungsgesetzes

Staatsministerium Baden-Württemberg
Der Staatssekretär

Stuttgart, den 20. Januar 2006

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Peter Harry Carstensen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Regierung des Landes Baden-Württemberg hat entschieden, den

**Entwurf eines Stalking-Bekämpfungsgesetzes,
Drucksache 551/04 (Beschluss),**

dessen Einbringung beim Deutschen Bundestag bereits in der Sitzung des Bundesrates am 18.03.2005 beschlossen wurde, in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages weiterzuverfolgen.

Ich bitte Sie daher, den Gesetzentwurf gemäß § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates in die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 10.02.2006 aufzunehmen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Böhmler